

# Antrag auf Berechnung der zumutbaren Belastungsgrenze eines Kostenbeitrags nach § 90 Abs. 3 und 4 SGB VIII in der Kindertagespflege

Eingangsstempel Jugendamt
---------------------------

ab \_\_\_\_\_ (bzw. von - bis)

**An das Landratsamt Ravensburg - Jugendamt**

- Ravensburg:** Gartenstraße 107, 88212 Ravensburg  
 **Außenstelle Wangen:** Liebigstraße 1, 88239 Wangen i. Allg.  
 **Außenstelle Bad Waldsee:** Robert-Koch-Straße 52, 88339 Bad Waldsee

 **Erstantrag** **Verlängerungsantrag**

Ich/wir beantrage/n die Überprüfung zur Feststellung der zumutbaren Belastung einer Kostenbeteiligung für die Kindertagespflege.

- Kindertagespflege beantragt am \_\_\_\_\_ beim Jugendamt \_\_\_\_\_  
 Kindertagespflege bewilligt am \_\_\_\_\_ vom Jugendamt \_\_\_\_\_

Aktenzeichen: \_\_\_\_\_

**1. Angaben zum Kind, für das Jugendhilfe beantragt wird**

Name, Vorname		
	<input type="checkbox"/> männlich <input type="checkbox"/> weiblich	Staatsangehörigkeit:
Straße, Nummer		
PLZ, Ort		
Geburtsdatum		
Geburtsort, Land		

**2. Persönliche Verhältnisse des/r Antragstellers/in**

Name, Vorname	
Straße, Nummer	
PLZ, Ort	
Geburtsdatum	
Geburtsort, Land	
Staatsangehörigkeit	
Familienstand	
Telefon/Handy	
E-Mail	

<b>3. Weitere Personen im Haushalt</b> (z.B. Kinder, Lebensgefährte, Eltern etc.)			
Name, Vorname	Geburtsdatum	Verwandtschaftsverhältnis	Einkommen

<b>4. Wirtschaftliche Verhältnisse</b> (bitte Nachweise beifügen)			
<b>EINKOMMEN</b> (Monatsbeträge)	Mutter/Ehegattin/ Lebensgefährtin	Vater/Ehegatte/ Lebensgefährte	Kind
Gehalt/Lohn <sup>1)</sup>			
Bezüge aus selbständiger Tätigkeit			
Renten/Pensionen			
Arbeitslosengeld <sup>2)</sup> , Eingliederungs- hilfe, Sozialhilfe <small>(auch Kosten der Unterkunft)</small>			
BAföG/BAB			
Krankengeld			
Kindergeld/Kinderzuschlag			
Unterhalt/Unterhaltsvorschuss			
Wohngeld			
Mieteinnahmen/Pachteinnahmen			
Einkünfte aus Kapitalvermögen <small>(z. B. Zinsen)</small>			
Einkommensteuererstattung für das Jahr: _____			
Sonstige Einnahmen			

Für das Jahr \_\_\_\_\_ wird/wurde keine Einkommensteuererklärung beim Finanzamt abgegeben.

Begründung: \_\_\_\_\_

<sup>1)</sup> Bitte Lohnabrechnungen über einen Zeitraum von 12 Monaten vorlegen.

<sup>2)</sup> Bei Arbeitslosengeld II ist der Bewilligungsbescheid mit Berechnungsbogen einzureichen.  
Bei ergänzenden Arbeitslosengeld II-Leistungen ist auch ein Arbeitsvertrag vorzulegen.

<b>AUSGABEN</b> (Monatsbeträge)	Mutter/Ehegattin/ Lebensgefährtin	Vater/Ehegatte/ Lebensgefährte	Kind
Arbeitsmittel			
Fahrt (einfache Strecke) zwischen Wohnung und Arbeitsplatz in km			
Beiträge zu Berufsverbänden			
Hausratversicherung			
Privathaftpflichtversicherung			
Kranken-/Pflegeversicherung			
Unfallversicherung			
Geförderte Altersvorsorgebeiträge			
Besondere Belastungen (z. B. Schuldverpflichtungen)			
Unterhalt			
Miete			
Mietnebenkosten (z. B. Wasser, Heizung, Strom, Müll)			
Sonstige Ausgaben			

### 5. Erklärung der/des gesetzlichen Vertreters/Vertreterin

- ✓ Die vorstehenden Angaben sind vollständig und richtig. Die Folgen nicht richtig gemachter Angaben sind mir/uns bekannt.
- ✓ Bei fehlender Mitwirkung nach §§ 60 ff. SGB I (z.B. fehlende Unterlagen) ist eine Leistungsgewährung nicht möglich.
- ✓ Ich/Wir verpflichte/n mich/uns, jede Änderung, die sich auf die Hilfestellung auswirken können, dem Jugendamt sofort und unaufgefordert mitzuteilen.
- ✓ Zu Unrecht gewährte Leistungen sind zurückzuerstatten.
- ✓ Ich/Wir bin/sind einverstanden, dass notwendige Informationen bei anderen Sozialleistungsträgern (z.B. Arbeitsagenturen) eingeholt werden können.
- ✓ Ich/Wir bin/sind darüber informiert, dass ich/wir das Kostenrisiko tragen, bis ein Bewilligungsbescheid des Jugendamtes vorliegt. Es ist bekannt, dass die Übernahme der Betreuungskosten grundsätzlich erst ab dem Monat des Antrageingangs erfolgt.
- ✓ Die Jugendhilfeleistungen werden direkt an die Tagespflegeperson überwiesen. Die Ansprüche werden abgetreten.

### 6. Datenschutzrechtlicher Hinweis

- ✓ Die Angaben zu diesem Antrag werden aufgrund der §§ 22 ff. Achten Buch Sozialgesetzbuch (SGB VIII) sowie §§ 60 ff. SGB I erhoben. Sie werden zur Prüfung der Leistungsvoraussetzungen benötigt.
- ✓ Personenbezogene Daten werden im gesetzlich zulässigen Rahmen gespeichert und verarbeitet.
- ✓ Sie können in anonymisierter Form auch für statistische Zwecke verwendet werden.

Ort, Datum

Unterschrift der/des gesetzlichen Vertreters/Vertreterin  
bei gemeinsamem Sorgerecht Unterschrift beider gesetzlicher Vertreter